



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede
der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Dr. Annette Schavan, MdB,

anlässlich

der verbundenen Debatte zum Thema
„Neue Dynamik für Ausbildung“
im Deutschen Bundestag

am 20. Oktober 2006
in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Die Bilanz an Ausbildungsplätzen hat in diesem Jahr zwei Seiten: Licht und Schatten. Auf der einen Seite gibt es bei den Industrie- und Handelskammern ein Plus der Ausbildungsverhältnisse in Höhe von 4 Prozent. Selbst beim Handwerk gibt es trotz Arbeitsplatzverlusten ein Plus von 1,6 Prozent. Die Schattenseite ist, dass es einen deutlichen Anstieg bei der Zahl der Bewerbungen gibt. Deshalb steigt die Zahl derer, die nicht versorgt sind.

Darüber streitet niemand. Deshalb rate ich uns allen: Lamentieren, appellieren und wechselseitige Schuldzuweisungen helfen nicht weiter.

Wir stecken mitten in vielen wichtigen Initiativen, mit denen sich im Laufe der Jahre vieles verändern wird. Ich nenne hier einige Initiativen, die nicht erst in Vorbereitung, sondern längst in der Durchführung sind:

Erstens das Programm „Jobstarter“. Wir haben die Mittel dafür auf 125 Millionen Euro erhöht. Wir haben damit die Zahl der Projekte verdoppelt. Das ist ein ganz wichtiges Strukturprogramm. Wir reden nämlich längst nicht mehr nur über das Bemühen von Unternehmen. Wir kennen sehr genau die Regionen, in denen es nicht genügend Unternehmen gibt und in denen der Mittelstand nicht so stark vertreten ist, dass wir darauf setzen könnten, dass die Unternehmen diese Aufgabe leisten. Es ist also ein Strukturprogramm für diese Regionen – vor allen Dingen in den neuen Bundesländern, aber mittlerweile auch in einigen alten Bundesländern –, um dort zu neuen Strukturen, zu Verbundmöglichkeiten und zu betriebsnahen Ausbildungen zu kommen.

Zweitens die Einstiegsqualifikation. Das Arbeitsministerium hat mit einem Beschluss des Kabinetts die Zahl der Plätze für die Einstiegsqualifizierung auf 40.000 erhöht. Die Erfahrungen der ersten Runde zeigen, dass die Einstiegsqualifikation in mehrfacher Hinsicht ein gutes Instrument ist. Wir schicken Jugendliche, die eh nicht mehr in die Schule gehen wollen, nicht wieder in die Schule. Wir geben ihnen statt dessen die Möglichkeit, Kontakt zu einem Unternehmen zu knüpfen. Gleichzeitig geben wir dem Unternehmen die Möglichkeit, junge Leute kennen zu lernen, die vielleicht schlechte Note haben, sich während des Praktikums aber sehr gut entwickeln. In der ersten Runde haben 60 Prozent den Übergang in eine duale Ausbildung geschafft. Das ist ein gutes Ergebnis.

Drittens hat die Bundesregierung zusätzlich 13.000 Ausbildungsstellen in den neuen Ländern geschaffen. Nach jetzigem Stand werden diese 13 000 Stellen auch besetzt.

Viertens sind 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze vereinbart worden. Staatssekretär Andreas Storm hat gemeinsam mit Staatsministerin Maria Böhmer mit Verbänden von Unternehmern ausländischer Herkunft eine Vereinbarung getroffen. Wir wissen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund von diesem Problem besonders betroffen sind. Deshalb ist es hier besonders wichtig, eine Ausbildungskultur in jenen Unternehmen zu entwickeln, die Möglichkeiten zur Ausbildung haben, die duale Ausbildung aber so noch nicht kennen. Auch das ist ein Fortschritt.

Wer immer rät, den Ausbildungspakt abzuschaffen oder ihn nicht mehr so wichtig zu nehmen, unterschätzt die Bedeutung des Themas. Vieles wurde bewirkt. Jedem muss klar sein, dass wir hier letztlich über einen Teil des Generationenvertrages sprechen. Deshalb muss der Pakt über 2007 hinaus verlängert werden.

Auch auf Länderebene geschieht vieles. Heute ist in den Zeitungen zu lesen: Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister hat angekündigt, dass in der Nachvermittlungszeit seitens des Landes 3 000 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden.

Die Brisanz dieses Themas muss angesprochen werden. Niemand von uns sollte dieses Problem, das seit vielen Jahren zu beobachten ist, klein reden. In dieser Zeit war – außer den Linken – jede der hier vertretenen Parteien auch einmal an der Regierung beteiligt.

Das Problem der so genannten Altbewerber lässt sich nicht allein durch den Ausbildungspakt lösen. Dahinter verbergen sich noch ganz andere Probleme. Deshalb haben wir auch hier die notwendigen Schritte auf den Weg gebracht. Wir müssen auf dieses Thema spezifische Antworten finden.

Erstens: Es muss uns in den nächsten Wochen gelingen, einen Überblick über die tatsächlichen Zahlen zu bekommen – nach Möglichkeit herunter gebrochen auf die Regionen. Wenn zum Beispiel im eigenen Wahlkreis hundert Jugendliche noch nicht mit einem Ausbildungsplatz versorgt sind, dann werden sie zu Gesprächen eingeladen. Es kommen allerdings nur 50 von ihnen. Wir müssen klären, warum das so ist. Was steckt dahinter? Was ist mit den anderen 50 Jugendlichen, die die Einladung nicht annehmen? Haben sie sich inzwischen anders entschieden? Schlagen sie eine andere Bildungsbiografie ein bzw. machen sie an einer anderen Stelle Station? Wir brauchen, genauere Zahlen darüber, welcher Jugendliche für eine Vermittlung zur Verfügung steht.

Zweitens. Die strukturelle Modernisierung ist eingeleitet. Die entsprechenden Maßnahmen liegen längst auf dem Tisch. Über sie wird gerade diskutiert. Das Konzept, in dem es um fünf

bis acht der großen Berufe geht – so wurde es in der letzten Sitzung des Innovationskreises besprochen –, liegt auf dem Tisch. Sie können davon ausgehen, dass wir diesen Weg schon zu Beginn des nächsten Ausbildungsjahres beschreiten können. Ich halte diesen Punkt für wirklich zukunftsweisend.

Wir brauchen die Modularisierung der beruflichen Bildung. Wenn Jugendliche eine berufliche Vollzeitschule besuchen und Kompetenzen erwerben, dann brauchen wir sehr viel Transparenz. Das betrifft übrigens auch die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die wir ebenfalls stärker in die Ausbildungsverpflichtungen und -aufgaben einbeziehen sollten. Die Leistungen müssen zertifiziert werden. Mit diesen Zertifikaten muss jeder Jugendliche seine Ausbildungsschritte, ähnlich wie in einem Baukastensystem, aufeinander aufbauen können und die Möglichkeit bekommen, eine Prüfung abzulegen.

Das wird auch so kommen. Wir brauchen eine Verbindung zwischen dem europäischen Qualifikationsrahmen und dem nationalen Qualifikationsrahmen. Dafür benötigen wir in der gesamten Bandbreite der beruflichen Bildung Transparenz. Ich glaube, hier bietet sich eine wirklich gute Chance, durch die strukturelle Modernisierung der beruflichen Bildung vor allem die so genannten Altbewerber zu erreichen.

An die Adresse der Industrie- und Handelskammern muss ich aber auch sagen: Ich werde Druck machen, dass jetzt endlich die Möglichkeiten ergriffen werden, die im Berufsbildungsgesetz geschaffen worden sind. Schon jetzt gibt es Möglichkeiten, die Leistungen der Jugendlichen, die ein kaufmännisches Berufskolleg, und derjenigen, die eine berufliche Vollzeitschule besuchen, so zu zertifizieren, dass sie nach einer anschließenden Praxiszeit in einem Unternehmen ihre Prüfung ablegen können. Die gesetzlichen Möglichkeiten, die zu diesem Zweck geschaffen worden sind, müssen allerdings besser genutzt werden. Ich bin davon überzeugt, dass das gelingt.

Im Rahmen des Innovationskreises sitzen die Länder, sämtliche Sozialpartner und die Bundesregierung an einem Tisch und sind längst dabei, zu überlegen, wie wir den Einstieg in eine strukturelle Modernisierung schaffen, um die Zukunftschancen der jungen Generation dort zu verbessern, wo sie nicht gut sind, und dort, wo sie gut sind, zu sichern. Das ist das,, was wir alle wollen. Das gehört zu unseren vornehmsten Aufgaben.

Vielen Dank.